

Die Verfassungsdynamik der europäischen Integration und demokratische Partizipation

Erfahrungen und Perspektiven in Österreich und der Schweiz

Herausgegeben von

Andreas Glaser & Lorenz Langer



Integration des EU-Rechts in die österreichische Rechtsordnung als referendumpflichtige Gesamtänderung der Bundesverfassung

KARL WEBER

Inhaltsübersicht

I.	Vorbemerkung	3
II.	Die Ausgestaltung des demokratischen Prinzips in der Österreichischen Bundesverfassung und im Verfassungsrecht der österreichischen Bundesländer	6
III.	Obligatorische und fakultative Volksabstimmungen – die Referendums Offenheit der Bundesverfassung und die Referendumsfeindlichkeit der österreichischen Politik	11
IV.	Der Begriff der «Gesamtänderung der Bundesverfassung»	13
V.	Die Baugesetze der Bundesverfassung als integrationsfeste Verfassungsnormen?	16
VI.	Gegenstand der Volksabstimmung: Das EU-Beitritts-BVG	17
VII.	Ausblick	19

I. Vorbemerkung

Der Beitritt eines Staates zur Europäischen Union bedeutet für dessen Rechtsordnung stets die Notwendigkeit eines fundamentalen Umbaus seiner Rechtsordnung. Es sind nicht nur die zahllosen Anpassungsverpflichtungen in allen Bereichen des Rechts, ein EU-Beitritt bedeutet auch gewaltige Souveränitätsverluste des Staates. Durch den Anwendungsvorrang des Unionsrechts, die sanktionsbewährte Umsetzungsverpflichtung des Sekundärrechts und die Letztentscheidungsbefugnis des EuGH wird die Rechtsetzungssouveränität der Mitgliedsstaaten – auch auf der Ebene des Verfassungsrechts – weitgehend ausgehöhlt. Gleichzeitig bedeutet ein EU-Beitritt die weitgehende Abschaffung aller Grenzen und Schranken für Kapital, Arbeit, Warenverkehr und sonstige Dienstleistungen. Welche ungeheuren Veränderungen, ja Erschütterungen, der Beitritt Österreichs zur EU gebracht hat, wird jetzt nach 20 Jahren Mitgliedschaft allmählich sichtbar. Denn die wirtschaftlichen, soziologischen,